10. Februar 2014

Starkstrom-Stromtrasse, Straßenausbau-Beitragssatzung und die Elektrifizierung der Bahntrasse Hof-Regensburg waren Gesprächsthemen der Siedler mit Staatssekretär Gerhard Eck vom Bayer. Innenministerium.

Nach einer kurzen Begrüßung begann der Präsident des Landesverbandes vom Verband-Wohneigentum e.V. Siegmund Schauer mit der Erklärung des renovierungsbedürftigen Bürogebäudes. Er gab zu verstehen, dass noch in diesem Jahr in Weiden der Neubau einer Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Oberpfalz eingeweiht wird. Dort wird vorübergehend auch der Landesverband zur Miete sein.
Später ist an eine Umsiedlung ins eigene Projekt in München gedacht.

Der Staatssekretär Gerhard Eck entgegnete hierzu, dass er dies nicht für glücklich hält, denn dadurch wird ja der Standort Weiden geschwächt. Denn er ist der Meinung, dass nicht alle Hierarchien nach München eingegliedert werden müssten.

Das Thema Starkstromtrasse erregt derzeit nicht nur die Gemüter der Franken, so der Präsident. Denn durch diese Maßnahme (ob notwendig oder nicht) würde der Landschaft großer Schaden zugefügt.
Er plädierte dafür, dass diese Trasse, wenn schon nicht mehr zu verhindern, unter die Erde verlegt werden sollte.

Auch hier machte der Herr Staatssekretär Eck seinen Einwurf geltend, dass derzeit die Bayer. Regierung und hier der Ministerpräsident eine sofortige Lösung aufgeschoben hat, um den Beteiligten die Möglichkeit der weiteren Diskussion zu geben.

Der stellvertr. Bezirksvorsitzende vom VWE Oberfranken Manfred Geyer gab zu bedenken, dass diese Trasse keine Notwendigkeit darstellen würde, wenn man in Oberbayern bzw. dem Alpenvorland den schon jetzt bestehenden Vorsprung der Oberfranken an Windrädern prozentual ausgleichen würde. Hierzu scheint aber aus Schutz vor der optischen Veränderung der Landschaft man lieber die Franken belasten werde.

Hierzu meinte der Herr Staatssekretär, dass man auch von Seiten der Flächenbesitzer in Oberfranken großes Interesse an der Aufstellung von Windrädern hätte.

Zum Thema Straßenausbaubeitragssatzung gab es auch sehr unterschiedliche Einstellungen.
Herr Schauer stellte wie auch in vorausgegangenen Terminen diese Satzung als vollkommen ungerecht hin. Jeder Bürger benutzt die Straßen mit ihrer Infrastruktur und hat dadurch nicht weniger Nutzen als die Anlieger.
Warum also sollten die Anlieger nur hier zur Erneuerung der Straßen ihren Beitrag leisten. Zumal in vielen Gemeinden aus fehlenden Mitteln der Kommunen die Städte und Gemeinden den Erhalt der Straßen nicht mehr finanzieren können.

Der Präsident des VWE kündigte daraufhin an, dass derzeit geprüft werde, ob ein Bürgerentscheid oder Ähnliches mit den gleichgesinnten Organen Verband der Eigenheimer usw. zum Erfolg führen könnte, diese Satzung außer Kraft zu setzen.

Der Herr Staatssekretär stellte fest, dass der Ansatz der Satzung ausschließlich Sache der Kommunen und deren Führungsebene ist.
Deshalb sollten sich die Siedlergemeinschaften jeweils an die Bürgermeister oder Oberbürgermeister wenden. Da diese Städte und Gemeinden über den kommunalen Finanzausgleich durch den Bayer. Staat unterstützt würden.

Hierauf antwortete der Vertreter des VWE Oberfrankens mit dem Hinweis auf die letzte Pressemitteilung vom BAYRISCHEN STÄDTETAG vom 6.02.2014.
Herr Maly stellte dort fest, dass die Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich nicht die „Sozialhilfe" des Freistaates für ärmere Gemeinden ist, sondern dazu diene, den berechtigten Einnahmebedarf einer Kommune zu decken. Es ist auch klar festzustellen, dass es hier keinen Unterschied zwischen groß und klein oder arm und reich geht. Jede dieser Gemeinden habe ihre Aufgabe zu erfüllen.
Und nicht über die steuerliche Belastung des Wohneigentümers hinaus noch die Last der Erneuerung der Straßen ihm aufzubürden.

Bei dem letzten Thema – Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof – Regensburg konnte der Vertreter der SG Wernberg-Köblitz die Bedenken zum Umbau der Bahnstrecke darlegen. Es wurde von allen Seiten der Bedarf einer Elektrifizierung dieser Bahnstrecke befürwortet. Jedoch hat man aus der Erfahrung der Vergangenheit gelernt, dass die Rahmenbedingungen oft vergessen werden. Das heißt, dass das Projekt ohne den Schutz der Anlieger verwirklicht wird.
Hier hat der Staatssekretär seine Unterstützung zugesagt, dass Lärmschutz und Erschütterungsschutz hier Priorität haben werden.

Dass solch umfangreiche Themen in so kurzer Zeit nicht zu Ende diskutiert werden können war dem Staatssekretär klar.
Aber er werde die Dinge prüfen.
Der Präsident Siegmund Schauer bedankte sich beim Staatsekretär für seine Offenheit und dass er sich die Zeit genommen hat, unsere Sorgen und Nöte anzuhören.